

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60, monatlich 55 Pf., Postgebührenliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 241.

Freitag, den 14. Oktober 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Eine neue Machtprobe!

Die „Berl. Volksztg.“ schreibt:

„Mit der Frage des Arbeitsnachweises hat sich auf seiner Generalversammlung am Montag der „Bund der Industriellen“ beschäftigt. Diese Vereinigung schien sich zuerst vom Zentralverbande deutscher Industrieller, in welchem die schlotjunckerlichen Mägen immer mehr und mehr die Oberhand gewinnen, namentlich seitdem das Bündniß mit den Landjunkern zur gegenseitigen Versicherung hoher Schutzzölle perfekt geworden ist, etwas emanzipieren zu wollen. Es hatte den Anschein, als wenn hier ein Vereinigungspunkt für die mittlere und kleinere Industrie geschaffen werden sollte, für die Unternehmer, die dem Handwerkerstande näher stehen und engere Fühlung mit ihren Arbeitern haben, als die Industriearbete. Man konnte annehmen, daß die Mitglieder einer solchen Vereinigung ein besseres Verständniß für sozialpolitische Fragen haben würden. Allein diese Annahme ist durch die letzte Generalversammlung grausam zerstört worden. Es mußte schon auffallen, daß auf der am 5. September in Leipzig stattgehabten Arbeitsnachweiskonferenz ein Vertreter des „Bundes der Industriellen“ dafür stimmte, daß die Arbeitsnachweise allein in die Hände der Arbeitgeber gelegt werden sollen. Nun wurde aber die Frage des Arbeitsnachweises auch auf die Tagesordnung der Generalversammlung des „Bundes der Industriellen“ gesetzt. Man berief als Referenten den Generalsekretär des aus dem Bäckerstände bekannten Hamburger Arbeitgeberverbandes und zum Korreferenten einen Leipziger Fabrikanten, der womöglich noch schärfer als der bezeichnete Generalsekretär den Standpunkt vertrat, daß die Arbeiter an der Verwaltung des Arbeitsnachweises in keiner Weise beteiligt sein sollten, weil das lediglich eine Beteiligungs der Sozialdemokratie an der Verwaltung bedeute.

Sonst pflegt man die Referenten so auszuwählen, daß Meinung und Gegenmeinung zum Ausdruck kommen. Da dies hier nicht geschehen war, so mußte man annehmen, daß die Arbeiter in Bezug auf den Arbeitsnachweis mundtot gemacht werden sollen.

Der Generalsekretär Dr. Martens aus Hamburg sprach über jede andere Art des Arbeitsnachweises als die den Hamburger Arbeitgebern passende das abfällige Urtheil aus, daß sie gar nichts geleistet hätten, daß ihre angeblichen Leistungen nur statistische Kunststücke seien, die auf dem Papiere stehen. So, er meinte sogar, die angebliche Unparteilichkeit dieser gemeinsamen Arbeitsnachweise, wie sie vielfach bestehen, sei eine Phrase, denn sobald ein Streik ausbräche, stellten sie sich aus Ruhebedürfniß, aus Popularitätshascherei und aus sogenanntem humanitären Interesse meist auf die Seite der Streikenden. Die Arbeitsnachweise sollen nach dem Wunsche der beiden Referenten so eingerichtet sein, daß sie für die Arbeitgeber obligatorisch sind, so daß kein Arbeitgeber die direkt bei ihm sich meldenden Arbeiter annehmen dürfe, sondern nur die ihm zugewiesenen! Ordnungsmäßige Ausweisepapiere, auch Zeugnisse solle der Arbeitsnachweis verlangen, ja es wurde der Wunsch nach einem Gesetze laut, welches zum Schutze der Arbeitgeber Arbeitsbücher auch für großjährige Arbeiter vorjchreibt!

Was man von einer solchen Organisation erwartet, zeigen die Ausführungen, daß man damit frivole Streiks verhindern — frivol ist in den Augen gewisser Arbeitgeber jeder Streik — und die „Agitatoren“ ausperren könne! — Agitatoren sind natürlich alle diejenigen Arbeiter, die überhaupt einmal den Mund aufthun.

Wie die Ausperrung der Agitatoren aussieht, das ergeben die Ausführungen des einzigen Opponenten, des Fabrikanten Weigert-Berlin, der sich dagegen verwahrte, daß man die Arbeiter von der Verwaltung der Arbeitsnachweise ausschließen solle, das gerade Gegenteil müsse man anstreben. Er führte aus der Praxis des Verbandes der Metallindustriellen an, daß ein Arbeiter, der 1890 nicht etwa gegen die Arbeitsordnung sich vergangen, auch nicht sonst innerhalb des Betriebes durch Agitationen u. gesündigt hatte, noch heute von allen dem Verbande angehörigen Betriebsstätten ausgeschlossen sei, weil er am 18. März 1890 einen Kranz auf das Grab der

Märzgefallenen niedergelegt hatte!! Zu solchen und ähnlichen Maßregelungen würden die Arbeitsnachweise mißbraucht werden, wenn sie allein in die Hände der Arbeitgeber kämen.

Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen konnte sich nicht entschließen, wie es von einer Seite verständiger Weise angeregt wurde, die ganze Frage des Arbeitsnachweises anderen Vereinen zu überlassen; man verwies sie an einen Ausschuß. Diejenigen Mitglieder des Bundes, die in Bezug auf diesen Punkt nicht den autoritatistischen Neigungen der Schlotjuncker folgen wollen, können also noch Gelegenheit nehmen, dem Vorstande klar zu machen, daß es nicht im Interesse der kleinen und mittleren Industrie liegt, wegen des Arbeitsnachweises einen Kampf um die Macht mit den Arbeitern zu provozieren. Denn um die Proklamierung eines solchen Machtkampfes würde es sich handeln, wenn man grundsätzlich die Arbeiter von der Teilnahme an der Verwaltung der Arbeitsnachweise ausschließen wollte.“

Abgesehen davon, daß die „Volksztg.“ den „Bund der Industriellen“ von vornherein zu günstig beurtheilt, enthält der Artikel vieles Zutreffende. Für die Arbeiter aber ergibt sich die Mahnung:

Organisirt Euch!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für die regelmäßige Einberufung des Reichstags im Frühherbst, etwa Mitte Oktober, tritt das Bündlerorgan, die „Deutsche Tagesztg.“ ein, um das Tagen bis tief in den Sommer hinein zu vermeiden. Allerdings würde dadurch eine Verlegung der Ferien des Bundesraths bedingt. Der Bundesrath müßte seine Ferien etwas eher beginnen und Anfang September seine Arbeiten wieder aufnehmen. Auch die Urtheile der Reichsbehörden könnten nach Ansicht des Bündlerblattes eine ähnliche Verschiebung erfahren.

Vom sozialpolitischen Kurse in Preußen. Wir lesen in der „Frkf. Ztg.“:

„Ein etwas mysteriöser Eingriff in die Selbstständigkeit der Gewerbegerichte scheint in der neuesten Nummer des Ministerialblattes für die innere Verwaltung in Preußen enthalten zu sein. Es bringt eine gemeinschaftliche Verfügung des Ministers des Innern und des Handelsministers vom 18. August 1898, die davon ausgeht, daß in letzter Zeit wiederholt zweifelhaft geworden sei, von welcher behördlichen Stelle die dienstliche Aufsicht über die Geschäftsführung der Gewerbegerichte wahrzunehmen sei. Es solle daher dafür Sorge getragen werden, daß in die Ortsstatuten ein besonderer Paragraph eingeschoben werde des Inhalts: „Die dienstliche Aufsicht über die Geschäftsführung des Gewerbegerichts nimmt gemäß §§ 7 und 24 des Zuständigkeitsgesetzes der Regierungspräsident wahr.“ Es ist in der Verfügung nicht gesagt, welcher Gestalt die hervorgetretenen Zweifel waren. Da nach dem preussischen Ausführungsgesetz zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz dem Präsidenten des Landgerichts die Aufsicht zusteht, hinsichtlich „der Gerichte des Bezirks“, und da das Gewerbegericht ein Gericht ist, so hat man vermuthlich die Auffassung durchbiegen wollen, daß auch das Gewerbegericht ausschließlich dieser Justizaufsicht unterstehe und daß den Behörden der allgemeinen Landesverwaltung, wenigstens in gerichtlicher Beziehung, die Aufsicht nicht zukomme. Wenn die neueste Verfügung darauf ausgeht, den Verwaltungsbehörden diese Aufsicht zu verschaffen, so würde dies den Versuch darstellen, die gerichtliche Selbstständigkeit der Gewerbegerichte einzunengen. Freilich wäre es ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Denn das Ortsstatut ist in keiner Weise berufen, solche Zweifel zu lösen. Wenn dem Regierungspräsidenten die Aufsicht zusteht, so ist es gleichgültig, ob Magistrat und Stadtverordnete sie ihm in einem Ortsstatut zusprechen. In Baden hat man das ganz richtige Verständniß für die richterliche Selbstständigkeit der Gewerbegerichte gehabt und durch Landesgesetz klargestellt, daß die Aufsicht denselben Gerichtspräsidenten zukommt, welche die Aufsicht über alle Gerichte des Landes zu üben haben. Das Vorgehen im Verwaltungswege, welches man in Preußen beliebt hat, ist desto gefährlicher, weil die Verfügung einen durchaus unklaren Charakter trägt. Es ist weder zu sehen, wie weit die „dienstliche Aufsicht“ reichen soll, noch was unter „Geschäftsführung“ verstanden wird, noch endlich, ob unter Geschäftsführung der Gewerbegerichte blos Vorliegende und Gerichtsschreiber oder etwa auch die Thätigkeit der Beisitzer gemeint ist. So lange nicht eine größere Klarheit vorliegt, möchten wir im Interesse der für die soziale Entwicklung so bedeutungsvollen Selbstständigkeit der Gewerbegerichte allen Gemeindebehörden, welche diese Institution bereits besitzen, den dringenden Rath geben, jeden Vorschlag des Regierungspräsidenten nach Einräumung eines derartigen Paragraphen in das Ortsstatut rüdweg abzulehnen. Wir geben diesen Rath mit desto größerer Sicherheit, als die Regierungspräsidenten über keinerlei Mittel verfügen, um eine Kommunalverwaltung zu einem solchen Zusatz zu zwingen.“

Die Ausführungen der „Frkf. Ztg.“ treffen das Richtige. Die Gewerbegerichte sind Institutionen, welche

die innere Verwaltung des Staates rein gar nichts angehen. Deshalb haben auch die Regierungspräsidenten nichts dabei zu suchen. Die Gewerbegerichte haben vom Landgerichtspräsidenten zu ressortieren, wie das auch in Lübeck der Fall ist. Wir wollen hoffen, daß man sich in Preußen ganz energisch gegen den Versuch wehrt, die Gewerbegerichte dem Vorgesetzten des Landrathes zu unterstellen.

Zu dem Konflikt der preussischen Regierung mit dem Vatikan bringt die „Köln. Ztg.“ zwei offiziöse Auslassungen. In dem ersten Artikel wird behauptet, daß die Abberufung des Gesandten zwar keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeute, wohl aber sei eine Trübung der bisher freundlichen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl eingetreten. In dem zweiten Artikel wird die Ansicht verschiedener Zentrumsblätter, daß die Leitung unserer auswärtigen Politik nicht sowohl dem Papste als dem Kardinal-Staatssekretär Rampolla ihre Mißbilligung über die Behandlung der Protektorsfrage habe kundgeben wollen, vollständig bestritten. „Wir glauben zu wissen“, heißt es in dem officiösen Artikel, „daß nicht alle im Vatikan maßgebenden Personen mit der weitgehenden französischen freundlichen Politik des Kardinals Rampolla einverstanden sind, die mehr rein politische als kirchliche Zwecke verfolgt. Daß diese letztere Thatsache auch bei den deutschen Katholiken anerkannt wird, betrachten wir für unser innerpolitisches Leben als eine sehr erfreuliche Erscheinung. Wir sehen daraus, daß das Mißtrauen aus der Zeit des Kulturkampfes im Schwinden begriffen ist und daß die Zeit ihre heilende Wirkung ausübt.“ Die Haltung des deutschen Zentrumspresses wird jedenfalls mit dazu beitragen, der vatikanischen Diplomatie ein Einlenken rathsam erscheinen zu lassen. Uns läßt dieser Streitfall zwischen der preussischen Regierung und dem Vatikan völlig kalt. Er bedeutet nur eine der Folge-Erscheinungen der Verbitterung, welche zwischen den herrschenden Klassen Deutschlands und Frankreichs vorhanden ist und welche eine ruhige Verständigung selbst über geringfügige Angelegenheiten wie über die Frage des Protektors im Orient ausschließt.

Der deutsche Kaiser soll nach der „Birmingham Post“ einen eigenhändigen Brief an die Königin Viktoria geschrieben haben, worin er den stark persönlichen Wunsch ausdrückt, die Völker beider Länder in den Banden enger Freundschaft verbunden zu sehen, und zugleich erklärt, er wolle Alles, was in seinen Kräften liege, thun, um zur Erreichung dieses glücklichen Zieles beizutragen. — Abdam müßte von jetzt an in der äußeren Politik Deutschlands eine große Schwenkung eintreten. Bisher hat man es bei uns bekanntlich mehr mit Rußland gehalten, dem Rivalen Englands.

Bauarbeiterchutz. Der bayerische Minister des Innern holt, wie die „Münch. Post“ meldet, Gutachten ein wegen weitergehender polizeilicher Verordnungen zum Zweck des Bauarbeiterchutzes. Nach einer Bemerkung des Grafen Posadowsky im Reichstage zu schließen, dürfte es sich um eine das ganze Reich betreffende Enquete handeln.

Bei den Landtags-Stichwahlen in Reuß j. L. siegte im ersten Kreise der Ge. offe Fiedler gegen den fortschrittlichen Gegenkandidaten, im zweiten Kreise wurde der fortschrittliche Rath gegen unseren Kandidaten gewählt.

Wechsel im Gouverneursposten von Riantschou. Laut Kabinetts-Ordre vom 10. Oktober ist Kapitän zur See Rosendahl von der Stellung als Gouverneur des Riantschou-Gebiets entbunden und tritt zur Marinestation der Dniëw zurück und Kapitän zur See Jäpfle ist unter Entbindung von dem Kommando zum Stabe des Oberkommandos der Marine und unter Verleihung des Titels Gouverneur an die Spitze der Militär- und Zivilverwaltung im Riantschou-Gebiet gestellt.

Mit den Worten: „Es lebe die Anarchie!“ umarmte, so meldet der amtliche Berliner Polizeibericht, Dienstag Nachmittag an der Ecke der Hzig- und Stülerstraße der Kommiss Karl Zachmann die Modistin Anna Kalpar und brachte ihr gleichzeitig mit einem Taschenmesser einen Stich in den Hinterkopf bei; der Thäter wurde verhaftet. Unsere Reaktionen werden natürlich nicht verfehlen, aus der That dieses verrückten Menschen neues Kapital für ihre Knebelungspläne zu schlagen.

Den beabsichtigten Gewaltstreik gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechtfertigen, geben sich die Kapitalistenblätter alle erdenkliche Mühe. Dabei wird dann

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Eine kleine Wohnung sofort zu verm.

Näheres Emilienstraße 15.

4-5 tüchtige Bau-Arbeiter auf dauernde Arbeit gesucht. Stundentohn 36 Pfg. Näheres Hundestraße 80, Hinterhaus.

Zu verkaufen eine fast neue Fleischschneidemaschine Mitterstraße 8a. 1. Etage.

Süßrahm = Margarine mit hohem Sahnegehalt

welche außer hochfeinem Geschmack sogar beim Braten bräunt wie Naturbutter und kostet nur per Pfd. 60 Pfg., 2 Pfd. 1,15 Mt. Auch sind billigere Süßrahm-Marken stets frisch zu haben bei

Ludwig Rump, Süßstraße 52.

Mohr'sche Margarine feinstes Produkt FF Pfd. 60 Pf.

Marke A B Pfund 50 Pfg. hält im Laden rechts bestens empfohlen.

Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Meierei = Tafel-Butter feinstes Produkt empfiehlt zu stets billigsten Preisen im Laden links

Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Pr. dänisches Rindfleisch Sonntags Morgens und Abends in der Markthalle, Stand 34 und 35, zu den billigsten Tagespreisen

Folker's Möbel-Magazin 25 Marlesgrube 25

empfehlen gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Kinder-, Mädchen- u. Damen-Fußzeug, Filzschuhe, Filzpantoffeln, Brecher Arbeits- und Schaffstiefel, Holzschuhe u. s. w. u. s. w.

empfehlen billigst Rud. Kracht, Nageb. Allee 40.

Arbeitergarderoben, Hemden, Rajen, Leders-Toppen, Hüte, Mützen, wollene Westen, Unterhosen, Patent-Jacken, Boh-Jacken, Socken, Strümpfe usw.

empfehlen billigst Rud. Kracht, Nageb. Allee 40.

Anfertigung von Emailirten Schildern Emailirten Hausnummern per Stück 60 Pfg. Emailirte Kinderbecher per Stück 30 Pfg. in geschmackvoller Ausführung. Frankenthal & Co. 37 Breitestr. 37.

Central-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit.“ (Filiale Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung am Freitag den 14. Oktober Abends 8 1/2 Uhr

bei Rumohr, Marlesgrube 22. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Frankenthal & Co.

Unser Engros-Lager befindet sich wie bisher

Untertrave No. 87.

Auf unsere

Detail-Verkaufsstelle

emailirter Geschirre

Kinderbecher mit Namen 30 Pfg.

37 Breitestr. 37

Kinderbecher mit Namen 30 Pfg.

machen wir ganz besonders aufmerksam.

Zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen empfehlen wir

Prima email. Geschirre

Petroleum-Kochmaschinen

allerbestes Fabrikat. — Neueste Construction.

Zu bekannt billigen Preisen

ferner

lackirte Ascheimer, Kohleneimer, Waschtöpfe etc.

in bedeutender Auswahl.

Achten Sie bitte auf unsere Schaufenster.

37 Breitestr. 37.

UNION-BLEICH-SODA

besser als Kenkel's Soda — ist das weitaus beste Fabrikat des Deutschen Reiches.

Siehe den Aufdruck der Packete. Sodafabrik „UNION“, Plön.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Ferdinand Lassalle's

» Reden und Schriften.

Neue Gesamt-Ausgabe.

Herausgegeben

im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein.

Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20. Bänderausgabe:

Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—	
in Halbfranz gebdn. (Ziehbarereinband) „ 4,—	
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50	
in Halbfranz gebdn. (Ziehbarereinband) „ 5,50	
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—	
in Halbfranz gebdn. (Ziehbarereinband) „ 5,—	

Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Öffentliche socialdemokratische Partei-Versammlung

am Montag den 17. Oktober

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag in Stuttgart. Referent Th. Schwartz.

2. Wahl der Vertrauenspersonen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Grosse Auction!

Freitag den 14. Oktbr., Nachm. 2 1/2 Uhr

in der

14 Hundestraße 14

über: Bettstellen, Eschrank, Tische, Sopha, Lampen und diverse andere Mobilien, ferner einen großen Kasten Damendress, Jagdwesten, Herren-Unterhosen, Knabenhosen, Strümpfe, Handtuchdress, Stoffreste, Taschenuhren, ff. Cigarren u. vieles nicht Genannte mehr.

J. C. B. Schmehl, Auctionator und Taxator

Lübecker

Genossenschaftsbäckerei (E. G. m. b. H.)

Ördentliche General-Versammlung

am Donnerstag den 20. Oktober

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- u. Kassenbericht vom 3. Quartal 1898.
2. Abänderung des § 50 Abs. 6 unseres Statuts.
3. Bericht über den in der letzten außerordentlichen Generalversammlung beschlossenen Antrag: Ankauf eines Grundstückes.
Antheilscheine legitimiren.

Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung

der Central-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutsch. Schiffbauer

am Sonnabend den 15. Oktbr.

Abends 8 Uhr

bei Herrn Jürms, Engelsgrube 50.

Tages-Ordnung:

Abrechnung und Verschiedenes.
Die örtliche Verwaltung.

Gesangverein „Einigkeit“

General-Versammlung

am Sonnabend den 15. Oktober

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinslokal.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Innere Vereinsangelegenheit.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Ausstossen

von fetten Gänsen und Rauchfleisch

auf einem Ziehbillard

am Sonntag den 16. Oktbr.

von 11-1 und von 4-10 1/2 Uhr. Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Stöße.

Hierzu ladet ergebenst ein Wilh. Menschel, Untertr. 53.

Muspielen

von fetten Gänsen, Rauchfleisch und Karpfen

am Sonnabend den 15. Oktober 1898

wozu freundlichst einladet C. Monsson, Al. Altesfähre 19.

Circus Variété

Unwiderruflich

nur noch 2 Vorstellungen des großartigen 2. Spielplans.

Heute zum letzten Male Heinrich Kalenberg als Löwen-Erschauer in Kautschau.

Stadttheater in Lübeck.

Freitag den 14. Oktober 1898:

Neinheit! Zum 1. Male. Neinheit!

Johannes.

Tragödie in 5 Akten und 1 Vorspiel von Hermann Sudermann.

Erhöhte Preise. Sonnabend den 15. Oktober 1898:

Narciss.

Trauerpiel in 5 Akten von A. E. Brachvogel. Kleine Preise. Anfang 7 Uhr.